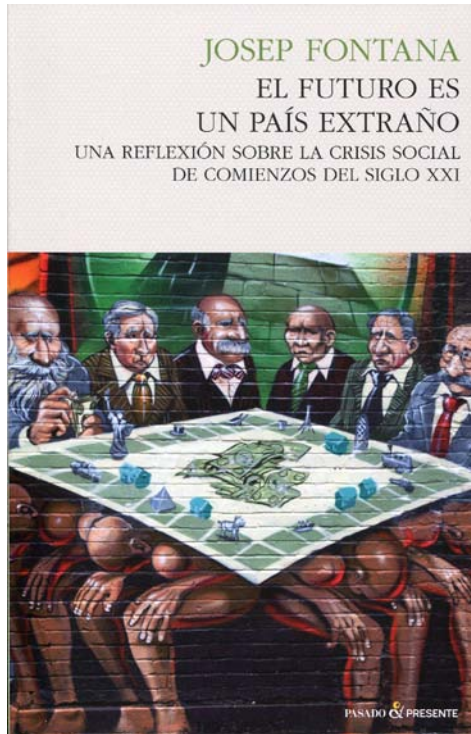


# Die Zukunft ist ein seltsames Land

## Eine Reflexion über die soziale Krise am Beginn des 21. Jahrhunderts<sup>1</sup>

Von Peter Fleissner (2014)



„Die Zukunft ist ein seltsames Land“, so lautet der Titel eines Buches von Josep Fontana, einem der bekanntesten Historiker Spaniens. Dieses Buch, das bisher nur in Spanisch vorliegt, sehe ich als unbeabsichtigte Fortsetzung des Werkes „Geopolitical Economy“<sup>2</sup> von Radhika Desai an, einer in Kanada lehrenden Politikwissenschaftlerin. Sie hat sich darin mit der ökonomischen und politischen Entwicklung der USA von ihrem Aufstieg zur Weltmacht bis zur jüngsten Weltwirtschaftskrise auseinandergesetzt. Josep Fontana beginnt dagegen mit der Erholung der US-Wirtschaft von der Krise und arbeitet meisterhaft und in klarer Sprache die wesentlichen Entwicklungen in Ökonomie und Politik bis heute heraus. Das Werk besticht durch seine Präzision und durch die Einarbeitung unzähliger Quellen. Beinahe ein Drittel des Buches besteht aus diesen Fundstellen.

Fontana arbeitet zwei Haupttendenzen heraus, die Privatisierung der Politik und die Entstehung eines repressiven Staates, dessen Funktion es ist, die sich langsam und widersprüchlich entfaltende soziale Gegenwehr in den Anfängen zu ersticken. Fontana kann sich durchaus mit weltweit bekannten Analysten der Gegenwart messen, wie mit dem Ökonomienobelpreisträger Paul Krugman oder dem 2010 verstorbenen engagierten Historiker Tony Judt, Träger des Kreisky-, Erich-Maria Remarque- und Hannah Arendt-Preises.

Fontana hebt die Veränderungen hervor, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts aufgetreten sind. Während sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Hoffnungen der Menschen auf ein besseres Leben zumindest in Mitteleuropa und den USA erfüllten, verbreitete sich in den letzten Jahrzehnten des 20. und im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts die Ansicht, dass es den Kindern in Zukunft nicht besser, sondern schlechter als ihren Eltern und Großeltern gehen werde. Die Einkommensverteilung ist so ungleich geworden wie zuletzt vor der Weltwirtschaftskrise in den späten 1920er Jahren. Das System, in dem wir leben, bietet immer weniger erstrebenswerte Lebensläufe für die kommenden Generationen. Schließlich greift es zu Zwangsmaßnahmen, um die Menschen am aktiven Widerstand zu hindern. Vorbeugend nehmen öffentliche (aus Gründen der Machterhaltung), aber auch private Stellen (aus Gründen der Gewinnsteigerung)

<sup>1</sup> Josep Fontana Lazaro, El futuro es un país extraño – una reflexión sobre la crisis social de comienzos del siglo XXI, Pasado y Presente, Barcelona 2013.

<sup>2</sup> siehe das ABCDarium „Des Imperiums Glück und Ende“, Volksstimme August 2013.

Bespitzelungsmaßnahmen in einem bisher ungeahnten Umfang vor. Die interaktiven elektronischen Medien (Web 2.0, social networks, Facebook, Twitter, YouTube, Google, Mobiltelefone und Laptops) erweisen sich dabei als eine wertvolle Informationsquelle. Das Besondere dabei sind nicht nur die Durchbrüche im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Das Neue daran ist aber, so möchte ich ergänzen, dass die Überwachten selbst mit Begeisterung aktiv an ihrer eigenen Überwachung mitwirken.

Fontana liebt es, starke Aussagen anderer im Original zu Wort kommen zu lassen. Ich gebe ein Beispiel, das er zustimmend aus dem Buch „Kapital als Macht“ von Shimshon Bichler und Jonathan Nitzan entnommen hat: „Der Kapitalismus von heute ist keine Produktionsweise, sondern eine Form, Macht auszuüben ... Das Problem, dem die Kapitalisten heute gegenüberstehen, ist nicht, dass ihre Macht geschwächt wäre, ... sondern sie nähert sich ihrem Höhepunkt. Und da die Kapitalisten weder nach rückwärts schauen noch voran in die Zukunft, gibt es gute Gründe, zu fürchten, dass von nun an der wahrscheinlichste Weg ihrer Macht nicht mehr nach oben, sondern nach unten weist.“ Die beiden verstehen Kapital als quantifizierte Macht. Manche Marxisten – es gibt dazu eine heftige Debatte im Internet - weisen diese Ansicht als unmarxistisch und daher als falsch zurück. Mir scheint ihre Ablehnung überzogen, da die Macht der Kapitalisten auf ökonomischen Ressourcen gegründet ist, im Wesentlichen auf Geld- und Realkapital. Macht und Kapital schließen einander ja nicht aus, sondern ergänzen einander. Diese beiden Aspekte der Produktionsweise sind immer miteinander verwoben.

### **Wirtschaftliche Erholung in den USA – für wen?**

Fontana gliedert sein Buch nach den Tendenzen und Perspektiven für die einzelnen ökonomischen Regionen der Erde. Ich beschränke mich in diesem ABCDarium vorwiegend auf das Bild, das er von den USA nach der Immobilien- und Bankenkrise 2009 zeichnet. Er hält die Krise bereits im Juni 2009 für abgeschlossen und diagnostiziert danach eine rasche wirtschaftliche Erholung. Aber wer profitierte davon in Wirklichkeit? Übereinstimmend mit vielen anderen Quellen kam er zum Schluss, dass der Aufschwung nur für einen Teil der nordamerikanischen Bevölkerung positive Folgen hat.

Hier folgen einige seiner Belege: Nach einer Studie der Universität von Kalifornien hat sich zwischen 1993 und 2010 ein Prozent der Reichsten „nur“ die Hälfte (52 Prozent) des Wachstumszuwachses angeeignet, in den Jahren der Erholung von 2009 und 2010 aber 93 (!) Prozent. Die Ungleichheit hat sich derart verstärkt, dass nach Robert Reich „die reichsten 400 Amerikaner mehr Vermögen besitzen als die 150 Millionen der weniger reichen“. Im ersten Trimester 2012 registrierte „der Bankensektor bereits wieder die größten Gewinne der letzten fünf Jahre“. Die 100 bestbezahlten Bankmanager bezogen wieder hohe Jahreseinkommen, als ob die Krise nicht stattgefunden hätte: durchschnittlich 14,4 Millionen Dollar (S. 23). Und dies, obwohl riesige Bankenskandale die USA erschütterten hatten. Die größte Bank der USA, JPMorgan Chase, hatte 5,8 Milliarden Dollar verspekuliert. Diese Nachricht ließ die Börsenwerte dieser Bank ursprünglich um 15 Milliarden Dollar einbrechen. Die Manager blieben straflos. Als nachgewiesen wurde, dass die Großbanken den Zinssatz Libor (London Interbank Offered Rate) manipuliert hatten, der für Kredite zwischen Bankhäusern gilt, gab es in den USA keine gerichtliche Verfolgung. Der Libor bildet aber auch die Basis für unsere Einlagenzinsen, die Zinsen für unsere Hypotheken und Kreditkartenkosten. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz nannte

diese Manipulation „den Skandal aller Skandale der Wall Street“ und er verlangte, die verantwortlichen Banker ins Gefängnis zu stecken. Zum Unterschied von Großbritannien wurden in den USA nicht einmal Ermittlungen eingeleitet.

Und was hat die Erholung den Arbeitern und Angestellten in den USA gebracht? Robert Reich, Arbeitsminister unter Clinton, stellte fest: „Wenn auch das Land heute mehr Güter und Dienstleistungen produziert als vor der Krise, die 2007 begann, werden sie mit sechs Millionen Arbeitskräften weniger erzeugt.“ Das Meinungsforschungsinstitut Pew Research Center stellte in der Studie „Das verlorene Jahrzehnt der Mittelklasse“ fest, dass sie „in den vergangenen zehn Jahren einen ernsthaften Verlust ihrer Einkommen und eine Zunahme ihrer sozialen Unsicherheit erleben musste.“ Die größten Verluste erlitten Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren, die nicht nur oft in die Arbeitslosigkeit gedrängt wurden, sondern auch eine Entwertung ihrer Häuser und Eigentumswohnungen erlitten. Aber damit nicht genug: Der tatsächliche Mindeststundenlohn betrug nach Robert Reich in den USA nur 7,25 Dollar, ein historischer Tiefstand. Ein Viertel der Arbeitskräfte muss sich damit begnügen. „Mehr als 40 Millionen der nordamerikanischen Arbeiter haben keine Erlaubnis, krank zu werden“, schrieb die New York Times am 4. August 2012. Diese Arbeiter malochen daher weiter, auch wenn sie krank sind, oder sie nehmen sich ohne Bezahlung frei, mit dem Risiko, entlassen zu werden. Man kann behaupten (wie schon Friedrich Engels in seiner Schrift „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ vor mehr als eineinhalb Jahrhunderten festgestellt hat), dass es auch in den USA zwei Ökonomien gibt. Die erste - hochtechnologisch - besitzt eine „verblüffende Dynamik“, in der die Produktivität durch „Freisetzungen“ auf Kosten von Arbeitslosigkeit gesteigert wird, und die durch ihre Exporte an erster Stelle der Weltwirtschaft steht. Jedoch „... das Problem der ersten Ökonomie ist, dass sie keine Arbeitsplätze schafft.“ In der zweiten Ökonomie, die wegen des Mangels an Investitionen kaum produktiver wird, müssen aber die meisten Amerikaner ihr Leben fristen; es sind vorwiegend Schwarze, schlecht ausgebildete Jugendliche, Arme und Arbeitslose, oft ohne irgendein soziales Fangnetz. Dabei stellt sich Fontana die berechnete Frage, wie diese Millionen Menschen in der zweiten Ökonomie künftig überleben werden.

### **Die Privatisierung der Politik**

Wie entwickelte sich die Demokratie im angeblich freiesten Land der Welt? Nach Fontana lässt sich der Charakter der Demokratie auch daran messen, wie hoch die gesetzlich zugelassenen Spenden für Wahlkampagnen sein dürfen und ob und wann der Ursprung der Spenden offengelegt werden muss. Denn nur die Reichen können Geldmittel in entscheidender Höhe aufbringen und beeinflussen so das ihnen genehme Wahlergebnis. 2010 wurde vom obersten Gerichtshof die Obergrenze für Spenden um ein Vielfaches erhöht und die Gesetzeslage so geändert, dass der Nachweis der Herkunft von Wahlspenden auf die Zeit nach dem Wahlkampf verschoben werden kann. Dabei geht es um riesige Summen. Kurz vor den letzten Wahlen wurde von den Wahlkomitees eine Größe von fast 2 Mrd. Dollar genannt. Die Spenden werden dabei nicht nur direkt von Unternehmen bezahlt, sondern auch indirekt über nicht auf Gewinn orientierte Institutionen der Zivilgesellschaft und lokale Organisationen von Arbeitern oder Angestellten. Dahinter verbergen sich auch mafiose Organisationen. Zählt man Schätzungen über Schwarzgeldflüsse hinzu, erreichten die Wahlkampfspenden rund 6 Mrd. Dollar. Gewählte Präsidenten werden sich erwartungsgemäß nach der Wahl entsprechend erkenntlich zeigen.

Lobbyisten nach dem Muster von Herrn Minister Strasser beeinflussen die Gesetzgebung. Die Washington Post stellte fest, 130 Kongressmitglieder und ihre Familien hätten hunderte Millionen Dollar erhalten, in der Erwartung, dass die Gesetze zugunsten der zahlenden Unternehmen abgeändert werden. Allein 2011 gaben einschlägige Unternehmen etwa 150 Millionen Dollar für 786 Lobbyisten aus, unter anderem auch für die gesetzliche Erlaubnis, *fracking* zu betreiben, also eine besonders umweltgefährdende Fördertechnologie für Rohöl und Erdgas anzuwenden, die in manchen Landstrichen der USA bereits dazu geführt hat, dass aus dem Wasserhahn eine mit brennbaren Gasen vermischte stinkige Brühe fließt.

Als weiteres Ergebnis des Lobbyings zählt eine Reduktion der Steuerlast für die Reichen. Zwischen 1985 und 2004 gelang den 400 reichsten Amerikanern das Kunststück, für ihren Anteil von 29 Prozent am gesamten Einkommen nur 18 Prozent der Steuerlast zu bezahlen.

Gleichzeitig gibt es Versuche, für potentiell Unzufriedene die Zulassung zu den Wahlen einzuschränken. Die konservative online-Zeitschrift „American Thinker“ vertrat sogar das Argument: „Es ist absolut antisozial und antiamerikanisch, die Macht an die unproduktiven Sektoren der Bevölkerung abzugeben, denn sie zerstören das Land.“ Als praktische Maßnahme für den Ausschluss vieler Menschen von den Wahlen wurde einfach ein Lichtbildausweis oder eine Sozialversicherungsnummer zum Nachweis der Identität verlangt, obwohl es in den USA keine Ausweispflicht gibt und jede/r sechste gar nicht sozialversichert ist. Auf diese Weise gelang es, rund 20 Millionen Menschen von den Wahlen fernzuhalten. Und dies betraf immerhin 18 Prozent der Jugendlichen und 25 Prozent der Afroamerikaner. Es handelt sich dabei um eine besonders perfide Spielart der Rücknahme demokratischer Rechte.

### **Die Privatisierung des Staates**

Auch hierzulande ist die Tendenz der Privatisierung bisher staatlicher Unternehmen oder ihrer Teiltätigkeiten nicht unbekannt. Nach Aussage des Nobelpreisträgers Paul Krugman wird – wie in Griechenland auch - durch die Sparmaßnahmen die Zerstörung der ohnehin geringen Ansätze des sozialen Sicherheitsnetzes vorangetrieben. Im Gegensatz zur üblichen Propaganda, wonach staatliche Gesundheitssicherung als besonders teuer angesehen wird, besitzen die USA in einem weitgehend privatisierten Gesundheitswesen die höchsten pro-Kopf Ausgaben der Welt. Dazu ist zu bemerken, dass ein Fünftel der Personen unter 65 Jahren wegen der zu hohen Kosten gar nicht zum Arzt gehen kann. 19 Prozent derer, die eine Versicherung beantragen, werden von der Versicherungsgesellschaft abgewiesen, entweder weil die Verträge zu wenig rentabel sind, weil die AntragstellerInnen bereits krank sind oder weil sie Übergewicht haben.

Im Bereich der Bildung haben Großunternehmer wie Bill Gates, Walton (von Wal-Mart) oder Broad (von Sun Life) Milliardenbeträge in Kampagnen investiert, um die Bildungsinhalte in ihrem Sinn festzulegen. Nun geht die Kampagne weiter, um die öffentlichen Schulen mit dem Argument der Ineffizienz plattzumachen. In Philadelphia drohte im Jahr 2012 dem öffentlichen Schulwesen die Insolvenz. Daher wurde es an eine Privatinitiative übergeben, die drei Viertel der Schulen innerhalb der nächsten 5 Jahre schließen wird. Die Inhalte des Systems „christlicher“ Privatschulen, die mit öffentlichen Geldern betrieben werden, haben es in sich: Die Sklaverei wäre ohnehin nicht so schlecht, denn die echte Freiheit bestünde in der Befreiung von den Fesseln der

Sünde. Andere Unterrichtsinhalte behaupten, dass die Schöpfung der Welt erst neulich, vor einigen 1000 Jahren, geschehen ist, oder dass die Saurier auch heute noch existieren würden. So sei das Ungeheuer von Loch Ness ein Plesiosaurier.

Bildung wird auch in anderer Hinsicht zu einem lukrativen Geschäft: Die private Test- und Evaluierungsindustrie feiert fröhliche Urständ und erzielt hohe Gewinne. Ein anderes dunkles Kapitel sind die Universitäten. Eine gute Ausbildung soll die Voraussetzung für einen guten Job bieten, aber da die Studiengebühren sehr hoch sind (sie haben sich seit 1978 verneunfacht!), müssen viele Studierende oder deren Eltern einen Kredit bei öffentlichen Stellen aufnehmen. Dadurch kommen sie oft vom Regen in die Traufe, da es (nicht wie in Österreich) keine Möglichkeit gibt, den Privatkonkurs zu erklären, und sie daher lebenslang verschuldet bleiben. Ungefähr ein Fünftel aller amerikanischen Haushalte hat Schulden dieser Art, was durch eine Erhöhung der Zinssätze von 3,4 auf 6,8 Prozent im Juli 2012 noch verschlimmert wurde. Proteste führten zu einer Rücknahme der Erhöhung auf die Dauer bloß eines Jahres. Man kann auf die künftige Entwicklung gespannt sein ...

### **Die Rücknahme demokratischer Freiheiten**

Der Beginn des „Kalten Krieges“ nach dem Zweiten Weltkrieg (häufig McCarthy-Ära benannt) brachte eine Zunahme autoritärer Herrschaftsformen mit sich, die aber immer von starken Protesten begleitet waren. In den 60er Jahren erreichten Proteste das Ende des Vietnamkrieges, begleitet von einem Aufschwung der Bürgerrechte und der demokratischen Freiheiten. Nach dem Sieg der „Kräfte des Guten“ wurde ein neuer Feind gesucht, der den abhanden gekommenen Kommunismus ersetzen konnte. Mit 9/11 war klar, dass der „Terrorismus“ diese Lücke schließen würde. Der Spionageapparat, den die Geheimdienste der USA mit tausenden Beschäftigten seither aufbauten, richtet sich immer mehr auch gegen nordamerikanische Bürger. Eine andere Folge ist die Zunahme der Zahl der Häftlinge. Obwohl die Kapitalverbrechen tatsächlich abnahmen, stiegen die Häftlingszahlen von 300.000 Personen im Jahr 1972 auf 2,2 Millionen im Jahr 2013. Heute liegt die Rate der Häftlinge bei 730 auf 100.000 Einwohner (ein Vergleich mit China ist erhellend: dort beträgt diese Rate mit 170 Häftlingen nur ein Viertel jener der USA), vor allem Schwarze, Latinos und illegale Immigranten, deren einziges „Verbrechen“ darin bestand, keine Papiere vorweisen zu können.

Am Beispiel der USA, aber auch anderer Regionen sieht Fontana eine Welt der Armut und der Konflikte auf uns zukommen. Er konstatiert aber auch, dass sich gegen den zunehmenden sozialen Abstieg in die Verelendung vielerorts Protestbewegungen regen. Auch wenn sie seiner Auffassung nach oft erst nach einem gemeinsamen Ziel suchen und sich nur selten als politische Kraft konstituiert haben, wird nach Fontana immer mehr Menschen klar, dass uns weder Regierungen noch die Reichen retten werden, ja im Gegenteil nehmen sie uns im Gegenteil unsere wenigen noch vorhandenen Grundrechte. Nach Fontanas Auffassung ist es ebenso klar, dass die Leidensfähigkeit der Menschen ihre Grenzen und die Macht des Kapitalismus ihren Höhepunkt erreicht hat.